

Paul Nolte / Martina Steber (Hg.)

Zerbrechliche Stabilität

Zeithistorische Blicke auf die
bundesrepublikanische Demokratie

29

RHÖNDORFER GESPRÄCHE



VERÖFFENTLICHUNGEN DER STIFTUNG
BUNDESKANZLER-ADENAUER-HAUS

RHÖNDORFER GESPRÄCHE

Band 29

ZERBRECHLICHE STABILITÄT

Zeithistorische Blicke auf die bundesrepublikanische
Demokratie

Herausgegeben von

PAUL NOLTE UND MARTINA STEBER

Vandenhoeck & Ruprecht

Gefördert von



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2026 Vandenhoeck & Ruprecht,
Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland)
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill
mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau
und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Andrang im Wahllokal anlässlich der Bundestagswahl, 1965. Copyright:
Süddeutsche Zeitung Photo
Satz: Satzwerk Huber, Germering
Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen
Druck und Bindung: CPI books, Ulm
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com
E-Mail: info@v-r.de

ISBN 978-3-525-30610-9 (print)
ISBN 978-3-647-30610-0 (digital) | ISBN 978-3-666-30610-5 (eLibrary)

Inhalt

PAUL NOLTE/MARTINA STEBER

Einleitung: Zerbrechlichkeit und Stabilität. Paradoxe Spannungs- verhältnisse der bundesrepublikanischen Demokratie	9
--	---

I. Teilhaben – Partizipation in der Demokratie

BERNHARD GOTTO

Partizipation durch Schimpfen. Bürgerbeschwerden an die Verwaltung – eine demokratiegeschichtliche Miniatur	41
--	----

SVEN REICHARDT

Responsivität und Institutionenkritik. Einige Überlegungen zu Funktionen und Wirkungen sozialer Bewegungen in Demokratien	65
--	----

CLAUDIA C. GATZKA

Kommentar: Perspektiven auf politische Partizipation in der Bundesrepublik	81
---	----

II. Die Demokratie denken – Intellektuelle Standortbestimmungen

RICCARDO BAVAJ

Spannungsfelder, Raumbegriffe und Ideenkämpfe. Westlich-deutsche Stabilisierungsnarrative und ihre Kritiker.	93
--	----

TILL VAN RAHDEN

Demokratie als Lebensform. Ein deutsches Missverständnis	121
--	-----

FRANZISKA MEIFORT

Kommentar: Von Aufbrüchen, vermeintlichen Stabilitäten und neuen Unsicherheiten. Die Demokratie-Debatten der Bundesrepublik in fünf Phasen	145
--	-----

III. Integrieren und Grenzen ziehen – Soziale Praxis des demokratischen Staats

WINFRIED SÜSS

Konsensgenerator und politische Kontroverszone.

Der Sozialstaat in der bundesdeutschen Demokratie 159

ECKART CONZE

Dynamiken der (Un-)Sicherheit. Unsicherheitserfahrungen und

Sicherheitsverlangen in der Demokratiegeschichte der Bundesrepublik.. 185

HANS GÜNTER HOCKERTS

Kommentar: Über die sozialintegrative Kraft des demokratischen

Staats – und ihre Grenzen 203

IV. Gehorsam unter Gleichen – Demokratie und Autorität

THOMAS GROSSBÖLTING (†)

Vom Stolpern der Kirchen auf dem Weg in die politische Moderne.

Religion und Religionsgemeinschaften in der bundesdeutschen

Demokratie 211

SONJA LEVSEN

›Autoritäre Traditionen‹ als Demokratiedefizit?

Genealogie und Konsequenzen eines Deutungsmusters der

bundesrepublikanischen Geschichte 233

BIRGIT ASCHMANN

Kommentar: Die Ironie der Geschichte – oder vom (ambivalenten)

Segen des Autoritätsverlusts 259

V. Mit der Welt auf Du und Du – Demokratie als internationale Herausforderung

ANDREAS WIRSCHING

Demokratiedefizit jenseits des Nationalstaats – oder:
Ist die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland supranational? 269

JULIA ANGSTER

Globalisierung als Bedrohung der Demokratie? 287

KIRAN KLAUS PATEL

Kommentar: Demokratiedefizit als Schimäre? Zur doppelten
Nationalzentriertheit deutscher Debatten seit den 1990er Jahren 313

VI. Ethische Reflexionen

WOLFGANG HUBER

Krise der Demokratie: Brauchen wir eine neue Ethik des Politischen? . . . 321

Autorinnen und Autoren 335

Personenregister 337

PAUL NOLTE/MARTINA STEBER

Einleitung: Zerbrechlichkeit und Stabilität. Paradoxe Spannungsverhältnisse der bundesrepublikanischen Demokratie

In den ersten Monaten des Jahres 2025 hat die Frage nach der Stabilität der deutschen Demokratie neue Dringlichkeit gewonnen. In den vorgezogenen Bundestagswahlen vom 23. Februar konnte die rechtspopulistische, teilweise rechtsextreme »Alternative für Deutschland« ihren Stimmenanteil gegenüber 2021 auf mehr als 20 % verdoppeln; in Ostdeutschland gewann sie fast alle Direktmandate. Während die erste Große Koalition aus Union und SPD sich 1966 auf 90 % der Bundestagsmandate stützen konnte, verfügt »Schwarz-Rot« inzwischen gerade einmal über eine knappe Parlamentsmehrheit. Die Transformation des Parteiensystems, die mit dem erstmaligen Einzug der Grünen in den Bundestag im März 1983 begann, hat sich beschleunigt, und sie betrifft nicht nur die Zahl und das programmatische Spektrum der Parteien, sondern fundamentale Konstellationen einer politischen Gesellschaft, in der das Vertrauen in die Institutionen und das Regelwerk der liberalen Demokratie erodiert und Haltungen des diffusen Protests sich zu einem Begehren nach Disruption und Zerstörung verfestigt haben.¹ Welche Dimensionen das annehmen kann, zeigt auf dramatische Weise der Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps in den Vereinigten Staaten von Amerika: mit Zügen des Übergangs in eine autokratische Regierungsweise, die mit dem Programm eines radikalen Nationalismus ebenso innere Freiheiten angreift wie jahrzehntelange Gewissheiten internationaler Zusammenarbeit pulverisiert.

Die Geschichte der Nachkriegsordnung von 1945 war lange Zeit eine Erfolgsgeschichte der Stabilität, zumal aus deutscher Perspektive – auch wenn der prekäre Zustand dieser Stabilität aus derselben Perspektive zwischen 1945/49 und 1989/90 immer klar vor Augen stand: Einmal weil das Beispiel des NS-Regimes gezeigt hatte, wie rasch die Demokratie verspielt sein konnte und »1933« genauso wie »1945« den Erlebnishorizont entscheidender Generationen der Bonner Republik prägte; und weil die deutsche Teilung und im weiteren Sinne die buchstäblich festgemauerte Blockkonfrontation in der Konstellation des Kalten Kriegs die liberale Demokratie durch die realsozialistischen Diktaturen in der östlichen Hälfte Europas beständig herausforderte. Mit der Metapher

¹ Zur Transformation des Parteiensystems aus zeithistorischer Perspektive vgl. Thorsten Holzhauser/Felix Lieb (Hg.), *Parteien in der »Krise«*. Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021.

einer steten »Suche nach Sicherheit« wurden die Jahrzehnte bis 1989/90 historiographisch beschrieben und gleichermaßen die Bundesrepublik als »Republik der Angst« gekennzeichnet, um den Dauermodus der Unsicherheit emotionsgeschichtlich einzufangen.² Das für die Bundesrepublik so charakteristische Paradox der prekären Stabilität, die zeitgenössisch einerseits beschworen, andererseits bezweifelt wurde, schien mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgelöst, das vereinigte Deutschland inmitten eines Europas der liberalen Demokratien seinen Platz und mit ihm äußere und innere Stabilität gefunden zu haben.

Diese Stabilitäts- und Sicherheitserwartung hat sich heute in breiten Kreisen der Bevölkerung aufgelöst. Die Zukunft wird anders sein; sie wird auf absehbare Zeit weniger berechenbar sein, als das trotz aller Verunsicherung für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts galt; und sie wird kaum besser sein als die Vergangenheit: Die Auflösung der Fortschrittserwartung, die in den 1970er Jahren in kleinen akademischen, linken und alternativen Milieus begann, hat längst den Mainstream erreicht. Dass die Stabilität gesellschaftlicher und politischer Ordnungen, zumal der liberalen Demokratie, gefährdet, ja zerbrechlich sein und möglicherweise für längere Zeit verloren gehen kann, ist nach dem ersten Viertel des 21. Jahrhunderts zu einer Binsenweisheit geworden.

Von diesen Erfahrungen können sich Historikerinnen und Historiker bei ihrer Untersuchung der Vergangenheit nicht freimachen. Aber die Frage nach der »zerbrechlichen Stabilität«, die dieser Band an die bundesrepublikanische Demokratie richtet, ist komplizierter als eine präsentistische Verfallsgeschichte. Stabilität war nicht von Anfang an, sondern stellte sich – sei es im politischen System der Bundesrepublik, sei es in der wirtschaftlichen Entwicklung – erst nach einer volatilen Anfangszeit ein, etwa seit den späten 1950er Jahren. Tatsächlich war das Streben nach der Stabilisierung von Staat, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ein zentrales Ziel der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der frühen Bundesrepublik. Deren Erfahrungshorizont reichte einerseits in die späte Weimarer Republik zurück, als die erste deutsche Demokratie im Strudel ökonomischer und politischer Instabilität verloren ging; andererseits war er von der unmittelbaren Nachkriegszeit geprägt, nachdem das NS-Regime ein Land in Trümmern, eine von Tod, Leid und Schuld durchfurchte Gesellschaft, Millionen von Heimatlosen und eine dysfunktionale Wirtschaftsstruktur hinterlassen hatte. Stabilität und damit Verlässlichkeit gehörte zu den Versprechen des jungen demokratischen Staats, und dieses Versprechen der Stabilität bezog sich zuvorderst auf die ökonomische und soziale Ordnung. Es verdichtete sich in der Formel von der sozialen Marktwirtschaft, und tatsächlich verschafften

² Vgl. Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009; Frank Biess, *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek 2019.

»Wirtschaftswunder« und Sozialstaatsausbau der Bundesrepublik nach und nach Legitimation nach innen.³ Das andere Moment des aus Erfahrung geronnenen Stabilitätsparadigmas der frühen Bonner Republik bezog sich auf die Verfassungsordnung. Die Demokratie musste »wehrhaft« sein, um den Anstürmen der Extreme standhalten zu können – dieses Prinzip wurde dem Grundgesetz eingeschrieben. Stabil konnte in dieser Perspektive eine Demokratie nur sein, wenn die Extreme keinen Platz in der politischen Kultur hatten und der Unberechenbarkeit der »Massen« kein Raum gewährt wurde. In einem auf den Staat, die Parteien und die Eliten konzentrierten Demokratieentwurf fand das Stabilitätsparadigma der ersten zwei Jahrzehnte nach 1945 seinen – im Übrigen kontinentaleuropäischen – Ausdruck.⁴

Bis zur ersten Erschütterung der langsam gewachsenen Stabilitätsgewissheiten mit der Rezession von 1966/67, der Furcht vor der potentiellen Machtentfaltung der Großen Koalition, die sich in APO und Studentenbewegung äußerte, und den Sorgen um das neuerliche Erstarken der extremen Rechten nach den Erfolgen der NPD an den Wahlurnen vergingen nur wenige Jahre, ebenso wie der vermeintliche Dauerzustand des westdeutschen »Zweieinhalbparteiensystems« nur für gut zwei Jahrzehnte hielt.⁵ Sorgen um die Demokratie grassierten seit den 1970er Jahren in ganz unterschiedlichen Milieus des politischen Spektrums.⁶ In mancher Hinsicht war die Verfestigung eines Diskurses der Stabilität, genauer: des Topos der stabilen Bundesrepublik seit den frühen 1980er Jahren bereits eine Reaktion nicht nur auf die historische Erfahrung der Weimarer Republik, sondern auch auf zunehmende zeitgenössische Irritationen einer solchen Erwartung.⁷ Dies galt besonders für die ersten beiden Jahrzehnte nach den Revolutionen in Ostmitteleuropa, dem Ende des Kalten Kriegs und der deutschen Einheit 1989/90. Die vielfach geteilte Gewissheit, dass die liberal-kapitalistischen, demokratischen Gesellschaften des »Westens« auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden hätten, untermauerte die Idee von der Stabilität

³ Vgl. im Überblick Conze (wie Anm. 2), S. 157–205.

⁴ Vgl. Martin Conway, *Western Europe's Democratic Age, 1945–1968*, Princeton 2020, S. 98–161; Jan-Werner Müller, *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven/London 2011, S. 125–170.

⁵ Vgl. Thorsten Holzhauser/Felix Lieb, Einleitung: Krise oder Wandel? Politische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland der 1980er- und 1990er-Jahre, in: ders./ders. (wie Anm. 1), S. 7–20.

⁶ Vgl. u. a. Bernhard Gotto, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er Jahre und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018; Martina Steber, Sorge um die Demokratie. Deutsche und britische Konservative und das linke Demokratieprojekt in den 1970er Jahren, in: Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hg.), »Wir wollen mehr Demokratie wagen.« Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 219–238; Silke Mende, Die »Alternative zu den herkömmlichen Parteien«. Parlamentarismuskritik und Demokratiekonzepte der »Gründungsgrünen« in den siebziger und frühen achtziger Jahren, in: Thomas Bedorf/Felix Heidenreich/Marcus Obrecht (Hg.), *Die Zukunft der Demokratie. L'avenir de la démocratie*, Berlin 2009, S. 28–50.

⁷ Vgl. Biess (wie Anm. 2), S. 18–24.

der bundesrepublikanischen Demokratie. Umso intensiver wurden die mit der Finanzmarkt- und der Euro-Krise seit 2008 einsetzenden Erschütterungen dieser Ordnung verfolgt und als Bedrohung für die Demokratie wahrgenommen. Das politische und gesellschaftliche Erstarken des Rechtspopulismus und der extremen Rechten sowie das zunehmende Sichtbarwerden des Klimawandels verstärkten den Krisendiskurs zusätzlich.⁸

Dass man zwischen sozialen Realitäten und ihrer diskursiven Repräsentation zu unterscheiden habe, ohne dass beides streng voneinander geschieden ist, gehört längst zu den methodischen Selbstverständlichkeiten der Geschichtswissenschaft. Das Reden von Krise und Verfall kann sich verselbständigen.⁹ Es kommt also darauf an – und das ist die erste Leitfrage der Beiträge dieses Bands –, die Mischungsverhältnisse zu erkunden: die Kongruenzen und Spannungen zwischen sozialen und institutionellen Konstellationen einerseits, Wahrnehmungsmustern, rhetorischen Stilisierungen und diskursiven Framings andererseits. Dabei geht es weniger um eine Unterscheidung von Phasen oder längeren Zyklen in der (deutschen) Geschichte seit 1945, um eine Entwicklung von der vermeintlichen Stabilität früherer Jahrzehnte zu späterer Unsicherheit, um den Übergang vom Boom zur Krise oder vom Fortschritt zur Regression – mit Wendepunkten wie den 1970er oder den frühen 2000er Jahren –, sondern um die komplizierten und spannungsgeladenen Verflechtungen von politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Konstellationen und Zeitdiagnosen, auf die man, gewiss mit ganz unterschiedlichen Akzentsetzungen und in dramatisch gewandelten Kontexten, zu jeder Zeit stoßen kann.

Die zweite Leitfrage des Bands geht von einem weiteren Spannungsverhältnis aus, das die Geschichte der Bundesrepublik kennzeichnet. So sehr er sich auf die Geschichte der Demokratie in Deutschland seit 1945 – zunächst im Westen, seit 1989/90 gesamtdeutsch – konzentriert, so sehr greift er mit der Frage nach der zerbrechlichen Stabilität doch weit darüber hinaus. Denn die Geschichte von Demokratie war nie eine von potentiell unendlich vielen Teilgeschichten der Bundesrepublik, sie war viel mehr als die Geschichte eines Regierungssystems und einer

⁸ Vgl. z. B. Claudia Ritzi, *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*, Wiesbaden 2013; Ursula Männle/Svea Burmester (Hg.), *Bedrohte Demokratie. Aktionisten, Autokraten, Aggressoren – welche Antworten haben die Demokraten?*, Berlin 2016; Claus Leggewie/Harald Welzer, *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt a. M. 2010; Dirk Jörke/Oliver Nachtwey (Hg.), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*, Baden-Baden 2017.

⁹ Vgl. Reinhart Koselleck, »Krise«, in: ders./Otto Brunner/Werner Conze (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 617–650, bes. 637–641, 647–650; Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a. M. 2012; Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.), *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. M. 2005.

Staatsform, viel mehr als die Geschichte von Politik, Parlamenten und Parteien. In der Geschichte der Demokratie bündelte sich die gesamte Geschichte Westdeutschlands nach 1949 und des vereinigten Deutschlands seit 1990. Die Ausformungen, Krisen und Transformationen der bundesrepublikanischen Demokratie strahlten nahezu alle anderen Felder aus, egal ob es sich um Sozialpolitik, soziale Marktwirtschaft oder Migration handelte. Hieraus erwuchsen Spannungen, die auf die demokratische Verfasstheit von Staat und Gesellschaft zurückwirkten.

Die Versprechen der Demokratie und des demokratischen Staats von Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Sicherheit, Ordnung und Solidarität standen ebenso im Widerspruch zueinander, wie sie in vielfältige Richtungen anschlussfähig waren. Auch systemische Spannungen sind der liberalen Demokratie inhärent: Die Souveränität des Volkes wird von der Souveränität des Parlaments begrenzt und umgekehrt, die Souveränität des Staats steht ebenso in Spannung zur Souveränität des Staatsbürgers wie diese beiden Souveränitäten in spannungsgeladener Existenz gegenüber den erstgenannten gelebt werden müssen.¹⁰ Parlamentarisierung und Entparlamentarisierung sind in Demokratien verschwistert.¹¹ Ihre innere Widersprüchlichkeit ist der Demokratie mithin eingeschrieben und damit auch eine grundsätzliche Konflikthaftigkeit und Volatilität. Positiv gewendet, besitzt sie aber auch eine Flexibilität und Veränderlichkeit, die historischen Wandel einrechnet und damit der Fortentwicklung von Gesellschaften ein politisches System an die Seite stellt, das diese fördert und nicht hemmt. Überhaupt kann die Demokratie als Modell beschrieben werden, das Unsicherheiten sowohl zulässt als auch einhegt; in den Worten von Adam Przeworski: als Modell der institutionalisierten Unsicherheit (»institutionalized uncertainty«). Jede Wahl lässt dem freien Spiel der politischen Kräfte seinen Lauf, um diese dann mittels einer Wahlentscheidung in stabile Verhältnisse zu überführen, allerdings in eine Stabilität auf begrenzte Zeit.¹² Der Demokratie ist ihre Zerbrechlichkeit eingeschrieben – von diesem Paradoxon nimmt der vorliegende Band seinen Ausgang.¹³

In sechs Kapiteln nähern sich die Autorinnen und Autoren der zerbrechlichen Stabilität der bundesrepublikanischen Demokratie. Die Kapitel richten das Augenmerk auf einige ihrer zentralen Entwicklungsachsen: (1) Partizipation als Prinzip demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, (2) auf die

¹⁰ Für den Parlamentarismus vgl. Andreas Biefang, Parlamentarismus und Demokratie, in: ders. u. a. (Hg.), *Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie*, Düsseldorf 2022, S. 29–50.

¹¹ Vgl. Pascale Cancik (Hg.), *Demokratie zwischen Parlamentarisierung und Entparlamentarisierung*, Tübingen 2023.

¹² Vgl. Jan-Werner Müller, *Democracy Rules*, Dublin 2022, Zitat: S. 71, in Auseinandersetzung mit Przeworski.

¹³ Vgl. mit einem ähnlichen Ansatz am Beispiel Skandinaviens Martin Conway, *On fragile democracy. Contemporary and historical perspectives – Introduction*, in: *Journal of Modern European History* 17 (2019), H. 4, S. 422–431.

Demokratie als gedachte Ordnung, (3) auf die Bedeutung sozialer Praxen des demokratischen Staats, (4) auf das widersprüchliche Verhältnis von Autorität und Demokratie, sowie (5) auf die Internationalisierungs- und Globalisierungsschübe, die seit den 1970er Jahren die nationalstaatlich orientierten demokratischen Ordnungen herausforderten. Jeweils zwei Beiträge vertiefen diese historischen Entwicklungsachsen empirisch. Darüber hinaus wird jedes Kapitel von einem Kommentar beschlossen, der die Beiträge kritisch reflektiert und wichtige Impulse für das weitere Nachdenken über die Zeitgeschichte der bundesrepublikanischen Demokratie setzt. In einem letzten, über die Zeitgeschichte hinausweisenden Kapitel denkt Wolfgang Huber aus ethischer Perspektive über die unaufhebbaren Grundlagen der Demokratie in Zeiten ihrer Krise nach.

Mit der zerbrechlichen Stabilität der Demokratie steht die Geschichte von stabilen oder volatilen, sicheren oder gefährdeten, erstarrten oder reformfähigen Ordnungen überhaupt zur Debatte. Dieser Zusammenhang wiederum hat seine eigene Historizität; er ist ganz wesentlich ein Produkt der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also der Zerstörung der Weimarer Demokratie durch die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus. Seit etwa zwei Jahrzehnten ist er in der neuen Krise (bzw. den neuen Krisendiskursen) der Demokratie verstärkt und auch international verallgemeinert worden.¹⁴ Doch das Ausmaß, in dem die »gefährdete Demokratie« zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Krisenwahrnehmungen und Disruptionen wird, bleibt in Deutschland auch im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weit stärker als in anderen westlichen Ländern. Diese Akzentuierung ist längst selbst Teil der deutschen Politik- und Kulturgeschichte geworden. Man kann die Beiträge dieses Bands deshalb auch als eine Archäologie der vielfältigen und immer wieder umstrittenen Projektionen von Demokratie in Deutschland seit 1945 lesen. Die Einleitung wird das in den folgenden Abschnitten etwas näher entfalten.

Die klassische Erzählung über die Bundesrepublik und ihre Demokratie ruht in dem Gründungsakt von 1948/49, in der demokratisch-föderalen Staatsordnung, die sich die drei westlichen Besatzungszonen mit Unterstützung der Alliierten durch den Parlamentarischen Rat gegeben haben. Das konnte zunächst einmal gar nicht anders sein: Auf eine Entwicklungsgeschichte der Demokratie konnte man noch nicht zurückblicken, oder es fehlte – bis in die 1960er, teilweise in die 1970er Jahre hinein – die Distanz der Beurteilung, vom Zugang zu bestimmten Quellen ganz zu schweigen. Der Blick auf den Gründungsakt

¹⁴ Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 152025 (dt. EA 2008); Thomas Jäger/Dieter Hoffmann (Hg.), *Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie*, Opladen 1995; Anselm Doering-Manteuffel, *Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie. Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2013; Denis Heuring/Paul-Moritz Rabe/Mirjam Zadoff (Hg.), *Fragile Demokratien. Was freie Gesellschaften bedroht – und was sie zusammenhält*, Göttingen 2024; Hartmut Wasser/Irene Dingeldey (Hg.), *Krisenphänomene westlicher Demokratien in den neunziger Jahren*, Weingarten 1996.

spiegelte aber auch die frühen Wahrnehmungen der Weimarer Republik und ihres Scheiterns wider, mit dem Akzent auf der Weimarer Reichsverfassung, ihrer partiellen Aushöhlung seit 1930 und ihrer coupartigen Ausschaltung durch die Nationalsozialisten im Februar und März 1933.¹⁵ Die vermeintlichen Schwächen der Verfassung von 1919, die von der neueren Forschung längst stark relativiert wurden,¹⁶ bildeten die Vergleichsfolie für die potentiell stabilitätssichernden Regelungen des Grundgesetzes, von der Wahl des Bundespräsidenten über die wehrhafte Demokratie bis zur »Ewigkeitsklausel« eines Grundbestands von Rechten und Institutionen.¹⁷ Und schließlich muss man die Wandlungen der Geschichtswissenschaft im letzten halben Jahrhundert bedenken: Politik- und staatsgeschichtliche Zugänge standen bis in die 1970er Jahre ganz im Vordergrund; eine »Kulturalisierung« des Blicks auf die zweite deutsche Demokratie war insofern noch gar nicht möglich.¹⁸

In den zeitgenössischen Diskursen der Gründungsjahre und dann noch einmal in der kurzen Konjunktur marxistischer Ansätze um 1970 wurde um »Neubeginn oder Restauration« gestritten.¹⁹ Beide Pole haben längst ihre Überzeugungskraft verloren, genauso wie die These vom demokratischen Neubeginn, sofern sie eine emphatische und radikale »Stunde Null« der Bundesrepublik meinte. In einem weiteren Sinne aber haben sie sich angenähert, in einer immer komplexer werdenden Prozessualisierung der Demokratiegeschichte seit 1945/49. Ein Ausgangspunkt dafür war der historische Moment des Regierungswechsels von 1969 mit Willy Brandts Ankündigung, »mehr Demokratie wagen« zu wollen, einschließlich des für die Partei Konrad Adenauers so provozierenden Zusatzes: »Wir fangen erst richtig an.«²⁰ Waren denn die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik keine »richtige« Demokratie gewesen? Während die historische Forschung über lange Zeit zwar die autoritären Züge der Adenauer-Ära unterstrichen, an ihrer grundsätzlich demokratischen politischen Kultur und regierungsamtlichen Praxis indes keine Zweifel gelassen hat, werfen neuere Stu-

¹⁵ Vgl. Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.

¹⁶ Vgl. Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, 2. um einen Nachtrag erweiterte Auflage, München 2008, S. 118–120; Christoph Gusy, *100 Jahre Weimarer Verfassung. Eine gute Verfassung in schlechter Zeit*, Tübingen 2018.

¹⁷ Vgl. u. a. Hans Michael Heining/Frank Schorkopf (Hg.), *70 Jahre Grundgesetz. In welcher Verfassung ist die Bundesrepublik?* Göttingen 2019.

¹⁸ Vgl. Gabriele Metzler, *Der Staat der Historiker. Staatsvorstellungen deutscher Historiker seit 1945*, Berlin 2018.

¹⁹ Vgl. Ernst-Ulrich Huster, *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*, Frankfurt a. M. 1972; Jürgen Kocka, *1945: Neubeginn oder Restauration?*, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990*, Frankfurt a. M. 1994, S. 159–192.

²⁰ Vgl. u. a. Willy Brandts Regierungserklärung am 28. Oktober 1969, abrufbar unter: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Willy_Brandts_Regierungserklärung (zuletzt geprüft am 10.7.2025); Axel Schildt/Wolfgang Schmidt, *Einleitung*, in: ders./ders. (wie Anm. 6), S. 11–23, hier 11.

dien etwa zum Einsatz des BND im Inneren oder zu NS-Kontinuitäten im Bundeskanzleramt die alten Fragen neu auf.²¹ Sie zeigen, wie tief autoritäres Denken und etatistisches Kalkül die junge Demokratie prägten.

In der Politikwissenschaft hat Claus Offes Formel von der »Demokratisierung der Demokratie« ein offenes Verständnis von der Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und Rechten ermöglicht²² – und zugleich die mit der bundesrepublikanischen Identität verbundene Vorstellung, dass die Demokratie nie fertig sein kann, sondern prozessual angelegt ist, mithin in einer fortschreitenden »Demokratisierung« immer weiter vorangetrieben werden müsse, theoretisch und methodisch festgeschrieben.²³

Auf dieser Linie ist es seit den 1980er Jahren zum wissenschaftlichen Konsens geworden, dass die Demokratie in der Bundesrepublik nicht mit dem Grundgesetz von 1949 »fertig« war und nur noch angewendet oder verteidigt werden musste, sondern in einem komplizierten Lern- und Aneignungsprozess gesellschaftliche und kulturelle Geltung erlangte; teils gegen Traditionen und Konventionen, teils gegen manifeste Widerstände. Kontinuitäten des Nationalsozialismus wurden herausgearbeitet, zunächst personell, dann auch in Institutionen, in staatlichen Behörden und in Unternehmen, und schließlich auch: mental und in alltäglichen Verhaltensweisen. Dieser letzte Aspekt bleibt wohl am stärksten umstritten. Einerseits ist die Prägung der frühen Bundesrepublik durch NS-Mentalitäten auch in den damals jüngeren, politisch überwiegend demokratisch und fortschrittlich gesinnten Generationen deutlich geworden. Hans-Ulrich Wehlers auch autobiographisch gemeinter Hinweis auf das Nachwirken einer spezifischen Leistungsideologie bei den »Fünfundvierzigern« – den HJ-Sozialisierten, den »Flakhelfern« der letzten Kriegsphase – ist dafür ein gutes Beispiel.²⁴ Andererseits haben die Forschungen etwa von Sonja Levens gezeigt,²⁵ dass ein spezifischer »autoritärer Charakter« der Westdeutschen²⁶ sich entweder empirisch und im internationalen Vergleich nicht nachweisen lässt oder auf Traditionsbestände

²¹ Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Adenauers Watergate. Die Geheimoperation des BND gegen die SPD-Spitze, Berlin 2023; Jutta Braun u. a. (Hg.), Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit, Göttingen 2025.

²² Vgl. Claus Offe (Hg.), Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt a. M./New York 2003.

²³ Zu dem prozessualen Grundverständnis von Demokratie in der Bundesrepublik vgl. Christian Geulen, Bundesrepublikanismus. Überlegungen zur Vorgeschichte der Gegenwart, in: Merkur 77 (2023), H. 893, S. 19–33.

²⁴ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Fünfter Band: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 142, 435. Vgl. Patrick Bahners/Alexander Cammann (Hg.), Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers »Deutsche Gesellschaftsgeschichte«, München 2009, S. 107–123.

²⁵ Vgl. Sonja Levens, Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945–1975, Göttingen 2019. Siehe auch den Beitrag von Sonja Levens in diesem Band.

²⁶ Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995 (zuerst 1950).

weit vor 1933 verweist.²⁷ Axel Schildt und Ulrich Herbert haben in Werten und Sozialkultur der 1950er Jahre ein Anknüpfen an das wilhelminische Kaiserreich bzw. die Durchbruchphase der Hochmoderne gesehen.²⁸

Wie stark die alten politischen Traumata und Sehnsüchte, aber auch tief eingelassene methodologische Perspektiven fortwirkten, zeigte sich daran, dass die Prozessualisierung der bundesrepublikanischen Demokratiegeschichte lange Zeit nur bedingt als offen begriffen wurde, sondern vielmehr als zielgerichtet, als das Nachholen eines spezifisch deutschen Defizits, das schließlich zu einem »Abschied vom Provisorium« geführt habe, zu einer »Ankunft im Westen« und damit in der normalisierten liberalen Demokratie.²⁹ Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Ordnungen, die friedliche Revolution in der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 haben dieses Narrativ der Erfüllung wenige Jahre später aus politikgeschichtlich-institutioneller Sicht bekräftigt. Heinrich August Winkler verdichtete es in einer prägnanten und einflussreichen Deutung: Mit der Demokratisierung auch der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, die 1945/49 auf einen illiberalen Sonderweg gezwungen wurde, und mit der erstmaligen Existenz eines demokratisch verfassten deutschen Nationalstaats war der »lange Weg nach Westen« an sein Ziel gekommen.³⁰

Die deutsche Einheit und ihre staatsrechtliche Form nach Art. 23 GG unterstrichen außerdem – zu einem Zeitpunkt, als die wissenschaftliche Debatte längst davon abgekommen war – das verfassungsrechtliche Gründungsmoment von 1949 in der Geschichte der deutschen Demokratie. Erst seit den 2000er Jahren wurde zunehmend deutlich, dass sich der frühe Weg der Bundesrepublik in den neuen Ländern in mancher Hinsicht wiederholte: Demokratie existierte nicht nur in der Staatsordnung, auch wenn dieser Rahmen niemals geringgeschätzt werden sollte, sondern bedurfte einer breiten soziokulturellen Verankerung in Lern- und Erfahrungsprozessen über mehrere Jahrzehnte hinweg.³¹ Dass dieser Weg in Ostdeutschland jemals an ein klar definiertes »Ziel« führt (erst recht der

²⁷ Vgl. für die Intellektuellengeschichte Alexander Gallus/Axel Schildt (Hg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und 1930, Göttingen 2011; für die Behörden- und Verwaltungsgeschichte Frieder Günther, Verwaltungsstaat. Die Verwaltungskultur der deutschen Innenministerien 1919–1975, Göttingen 2025.

²⁸ Vgl. Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999, S. 50; Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity. Reflection on a Theory of the 20th Century*, in: *Journal of Modern European History* 5 (2007), H. 1, S. 5–21, hier 16.

²⁹ Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006; Schildt (wie Anm. 28).

³⁰ Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., München 2000.

³¹ Vgl. Thomas Großbölting, *Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90*, Bonn 2020; Christina Morina, *Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren*, München 2023; Marcus Böick/Christoph Lorke, *Zwischen Aufschwung und Anpassung. Eine kleine Geschichte des »Aufbau Ost«*, Bonn 2022.

»Angleichung« an den Westen), wird nur erwarten können, wer aus den west-deutschen Realitäts- und Diskurserfahrungen nichts gelernt hat. Dennoch bleibt es schwierig, die ostdeutschen Mischungsverhältnisse genau aufzuschlüsseln: Welchen Anteil haben die nicht bewältigten Diktaturerfahrungen über 40, nein: über 57 Jahre hinweg, welchen Anteil das sozialistische, niemals eingelöste Demokratieversprechen der DDR nach deren Zusammenbruch, und welchen Anteil hat die Vereinigungsgeschichte selber, die nicht nur eine Geschichte der Chancen und Freiheiten, sondern auch der Zumutungen, Ungleichheiten und Demütigungen war und als solche erinnert wird?

Für die Geschichte der Bundesrepublik setzten sich am Anfang des 21. Jahrhunderts »gebrochene« Erzählungen immer stärker durch.³² Damit sind freilich »postmoderne« Narrative weniger gemeint, die in derselben Zeit – etwa mit der deutschen Geschichte im »zerbrochenen Spiegel« Konrad Jarauschs und Michael Geyers³³ – in einem weiteren zeitlichen und thematischen Bogen reflektiert wurden. Überhaupt kann man sagen, dass die Zeitgeschichte vom *cultural turn* immer noch weniger erfasst wird als ältere Epochen wie zumal die Frühe Neuzeit; das ist wiederum kein deutsches Spezifikum. Gemeint sind vor allem Interpretationen, die eine Erfolgs- und Fortschrittsgeschichte noch stärker in Frage gestellt haben, als es die Perspektiven auf nationalsozialistische Kontinuitäten und auf komplexe Lernprozesse zuvor bereits taten und weiterhin tun – man denke nur an den Boom der Ministerial- und Behördengeschichten,³⁴ aber auch an die aktuelle Erweiterung der NS-Problematiken um koloniale Traditionen und Kontinuitäten bzw. die daraus resultierende Erinnerungskonkurrenz.³⁵

Zwei Deutungsansätze sind hervorzuheben. Zum einen hat die Vorstellung von einer tiefen systemischen ebenso wie kulturellen Zäsur in den 1970er Jahren, vor knapp zwanzig Jahren von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Ra-

³² Vgl. z. B. Philipp Gassert, Die Bundesrepublik, Europa und der Westen. Zu Verwestlichung, Demokratisierung und einigen komparatistischen Defiziten der zeithistorischen Forschung, in: Jörg Baberowski (Hg.), Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001, S. 67–89; Axel Schildt, Westlich, demokratisch. Deutschland und die westlichen Demokratien im 20. Jahrhundert, in: Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 225–239; Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007.

³³ Vgl. Konrad Jarausch/Michael Geyer, Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichten im 20. Jahrhundert, München 2005.

³⁴ Vgl. Braun u. a. (wie Anm. 21); Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018; Stefan Creuzberger/Dominik Geppert (Hg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018; Christian Mentel/Niels Weise, Die Zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016.

³⁵ Vgl. Susan Neiman u. a. (Hg.), Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte, Berlin 2022.

phael kraftvoll vorgetragen, enorme Wirkung entfaltet.³⁶ Denn damit stand dem Wachstums-, Fortschritts- und Stabilitätsnarrativ ein Narrativ der Krise, des Abstiegs, tendenziell auch: der Erosion und des Rückbaus zur Seite, oder vielmehr: das zweite löste am Zeitstrahl das erste ab. Die Geschichte der Bundesrepublik auch als eine Krisengeschichte, möglicherweise eine Verfallsgeschichte, jedenfalls als eine Transformationsgeschichte zu lesen, war innovativ und intellektuell befruchtend. Wichtig war auch ihre Einbettung in einen größeren Rahmen westlichen oder doch westeuropäischen Strukturwandels als Abschied von der fordistischen Industriegesellschaft und dem keynesianischen Interventions- und Sozialregime.³⁷ Dagegen stehen jedoch auch Grenzen und Schwächen. Das Nacheinander von Fortschritt und Krise wird den komplexen Überlagerungen nicht gerecht, und je mehr Zeit seit der Zäsur der 1970er Jahre vergangen ist, desto weniger überzeugend ist das Framing als (permanente) Krise oder mittlerweile eines halben Jahrhunderts als Phase nach einem Boom, der allenfalls drei Jahrzehnte andauerte. Die kritisch-elegische Konnotation des Übergangs unterschätzte zudem von Anfang an die seit den 1970er Jahren erzielten Gewinne, zu denen sowohl Stabilisierungen eines bis dahin noch unsicheren westdeutschen Selbstbewusstseins gehörten als auch neue kulturelle Horizonte und Praxisformen, von der Etablierung einer kritischen Erinnerung an den Holocaust bis zum Aufstieg der »Neuen Sozialen Bewegungen«. Überhaupt blieb die Geschichte von Demokratie und Partizipation in dieser Interpretation mit ihrem sozialökonomischen Brennpunkt weithin eine Leerstelle.

Für solche Perspektiven führt der Vorschlag von Hans Günter Hockerts weiter, die Geschichte der Bundesrepublik von den Problemen der Gegenwart aus zu denken und sie außerdem als eine »Problemerzeugungsgeschichte« zu verstehen, nicht ausschließlich, aber auch und im Verlauf von Jahrzehnten zunehmend.³⁸ Damit verband sich weniger eine empirische These – am ehesten noch, und im Kern von Hockerts' Interessen, in Bezug auf die Geschichte des Sozialstaats – als eine analytische Perspektive auf Wandlungsprozesse, die das Stabilitäts-, das Fortschritts- und das besonders charakteristische und wirkmächtige »Defizit-Kompensations-Narrativ« untergrub. Nicht alle Probleme der Bundesrepublik mussten aus ihrer vordemokratischen Vorgeschichte, aus Kaiserreich

³⁶ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014; Christian Marx/Morten Reitmayer (Hg.), *Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte*, Göttingen 2020.

³⁷ Vgl. u. a. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.

³⁸ Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 98–127, hier 124. Vgl. auch ders., *Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47 (2007), S. 3–29.

und Nationalsozialismus, herrühren. Zugleich verweigerte sich dieser Ansatz einer neuen Meistererzählung von einem Deutschland, das nach einer Phase von Wohlstand und Fortschritt in eine Großphase der Krise eingetreten sei, die womöglich bis in die Gegenwart andauere. Vielmehr lässt sich dieser Grundgedanke erweitern zu einem pluralistischen, komplizierten, widersprüchlichen und alles andere als eindeutigen Bild der deutschen Geschichte im letzten Dreivierteljahrhundert, das entsprechende Sichtweisen auf die Demokratie einschließt.³⁹ Wer wollte heute noch behaupten, dass die Einführung von Elementen direkter Demokratie per se ein »Fortschritt« oder Vorzug gegenüber dem Parlamentarismus sei, ob in der Form von Volksabstimmungen oder in neuen Formaten wie Bürgerräten?⁴⁰ Demokratie ist ein Experimentierfeld geworden,⁴¹ alle Vorzüge haben auch Nachteile, und das entspricht auch dem größeren Bild einer Moderne, die sich weder auf eine Fortschritts- noch auf eine Verlustgeschichte, weder auf eine Freiheits- noch auf eine Disziplinierungsgeschichte festlegen lässt, sondern sich in ihren Dilemmata konstituiert.

Was für die Geschichte der Bundesrepublik gilt, lässt sich deshalb immer mehr auch für die Deutung ihrer Geschichte sagen, mithin für ihre Diskursivierung und Narrativierung: Die Interpretationen ordneten sich zunächst chronologisch, von der frühen Gründungsmoment-Geschichte bis zu den späteren Entwürfen einer gebrochenen Geschichte. Aber sind die späteren Deutungen den früheren im Sinne eines steten wissenschaftlichen Fortschritts überlegen? Gewiss gilt das für die Vermehrung empirischen Wissens durch Einzelforschungen, vermutlich auch für die zunehmende Komplexität von Erklärungen, in denen sich, was früher spezifische, theoretisch und methodisch distinkte Zugänge waren, längst miteinander verbindet: Ereignis-, Struktur- und Erfahrungsgeschichte; Politik-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Wissensgeschichte und vieles mehr. Aber die skizzierten Zugänge haben einander nicht einfach abgelöst, sondern haben sich aufeinandergeschichtet und überlagert. Der Blick auf die Gründungskonstellati-

³⁹ Vgl. z. B. Tim Schanetzky u. a. (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020.

⁴⁰ Vgl. für »advokatorische« Positionen Lukas Kübler/Claus Leggewie/Patrizia Nanz, *Demokratische Innovation durch Bürgerräte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2021), Nr. 26–27, S. 47–53; Lukas Kübler/Nicolina E. Kirby/Patrizia Nanz, *Alle Macht den Klimaräten? Demokratische Experimente für eine progressive Klimapolitik*, in: *Mittelweg* 36 29 (2020), H. 6, S. 101–122; Patrizia Nanz/Claus Leggewie, *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2018; Brigitte Geißel u. a., *Bürgerräte als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Lehren vom »Bürgerrat Demokratie«*, in: Hendrik Hering (Hg.), *Parlamentarische Demokratie heute und morgen. Erwartungen, Herausforderungen, Ideen*, Frankfurt a. M. 2021, S. 53–69. Vgl. eher abwägend oder skeptisch dagegen Wolfgang Merkel/Claudia Ritzi (Hg.), *Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen?* Wiesbaden 2017; Frank Decker, *Mythos direkte Demokratie. Lässt sich das Repräsentativsystem durch plebiszitäre Verfahren verbessern?*, in: Hering (wie Anm. 40), S. 33–52.

⁴¹ Zum *Trial and Error*-Narrativ der Demokratie vgl. Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012.

on und auf den besonderen Moment der Verfassungsgebung behält seinen Platz und seine Berechtigung. Für die Geschichte der Demokratie gilt das vielleicht in besonderem Maße. Mindestens vier Zugänge lassen sich hier unterscheiden, deren Genese chronologisch geordnet ist. Sie sind, mit anderen Worten, in je eigenen historischen Kontexten entstanden und plausibel geworden, haben sich deshalb aber nicht überlebt, sondern stehen zunehmend nebeneinander und in Verflechtung, gerade auch in den Beiträgen dieses Bands.

Erstens ist die institutionelle Sichtweise auf Demokratie zu nennen: Demokratie gibt es, wenn demokratische Institutionen existieren, die in der Regel – und vor allem auch in der deutschen Tradition – in einer Verfassung beschrieben sind. Demokratie ist, wenn die Grundrechte verfassungsmäßig garantiert sind, wenn freie, geheime und kompetitive Wahlen stattfinden, die in parlamentarische Repräsentation führen, wenn es Gewaltenteilung gibt, insbesondere unabhängige Gerichte, die die Rechtsstaatlichkeit garantieren. Nicht zuletzt setzt eine Demokratie eine nach demokratischen Grundsätzen agierende Staatsverwaltung voraus. Nach diesem Verständnis war die Bundesrepublik von Anfang an eine funktionierende und vollständige Demokratie, erst recht, wenn man die schon früher demokratisch konstituierten Länder und damit den Föderalismus, der selbst eine Institution der *checks and balances* bildet, einbezieht, und darüber hinaus die demokratische kommunale Selbstverwaltung. In der Forschung trat diese Perspektive immer mehr in den Hintergrund, teils weil der institutionelle Rahmen trotz der Erfahrung von 1933 bald als allzu selbstverständlich galt, teils weil andere Dimensionen, vor allem die gesellschaftliche und kulturelle Verankerung von Demokratie, sich als intellektuell spannender erwiesen.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch sind Aufmerksamkeit und Wertschätzung für den institutionellen Kern der Demokratie angesichts zunehmender Anfeindungen und Gefährdungen wieder gewachsen.⁴² Ein Beispiel dafür ist die erhebliche Aufmerksamkeit, die das Bundesverfassungsgericht in Wissenschaft wie in breiterer Öffentlichkeit findet.⁴³ Auch hat sich die zumindest implizite Erwartung nicht erfüllt, dass die politisch-institutionelle, und näherhin: die elektoral-repräsentative Demokratie angesichts eines breiten Spektrums anderer demokratischer Artikulationsformen nur noch die Rolle eines Demokratie-Modus unter vielen anderen spielen werde.⁴⁴ Das gilt besonders für die politische

⁴² Vgl. Doering-Manteuffel (wie Anm. 14).

⁴³ Vgl. Florian Meinel (Hg.), Verfassungsgerichtsbarkeit in der Bonner Republik. Aspekte einer Geschichte des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 2019; Thomas Darnstädt, Verschlussache Karlsruhe. Die internen Akten des Bundesverfassungsgerichts, München 2018; Christian Boulanger, Hüten, richten, gründen. Rollen der Verfassungsgerichte in der Demokratisierung Deutschlands und Ungarns, Berlin 2013; Robert Chr. van Ooyen/Martin H. Möllers (Hg.), Das Bundesverfassungsgericht im politischen System, Wiesbaden 2006.

⁴⁴ Vgl. u. a. Paul Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2011), Nr. 1–2, S. 5–12.

und intellektuelle Linke, deren Warnungen vor einer Aushöhlung der Institutionen weiterhin viel Gehör finden – zuletzt etwa in der Gestalt von Colin Crouchs »Postdemokratie«-Diagnose –, deren Kritik am institutionellen Kern der liberalen Demokratie als bloß »formal« und (pejorativ) »bürgerlich« aber nahezu verstummt ist.⁴⁵ Pointiert gesagt: Dass die liberale Demokratie eine »Fassade« vor anderen Realitäten sei, ist selber als ein tendenziell demokratiefeindliches Argument erkennbar geworden. Zugleich jedoch hat die Frage nach dem »Leben« der Institutionen, nach ihrer Realisierung in Handeln und Praxisformen, erheblich an Bedeutung gewonnen. Wie verhalten sich Menschen in demokratischen Institutionen, wie füllen sie ihre staatsbürgerliche Rolle aus? Das neue Interesse an der Praxis des Wählens ist ein Beispiel dafür, genauso wie die Arbeiten zu Verwaltungskulturen, zum Demokratie-Lernen trotz hoher NS-Belastung in Behörden und Ministerien der frühen Bundesrepublik oder auch die kulturgeschichtlich erneuerte Parlamentarismusgeschichte von diesem Interesse zeugen.⁴⁶

Damit ist die *zweite* Perspektive bereits angesprochen: nämlich diejenige auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Dimensionen der Demokratie. Sie enthält mehrere Facetten. Für die Geschichte der Bundesrepublik war die von M. R. Lepsius betriebene Archäologie gesellschaftlicher Strukturen in der Gründungskonstellation des westdeutschen Staats zeitweise sehr wichtig, mit dem Hinweis auf die historische Tiefe des spezifischen territorial-kulturellen Erbes im Westen des vormaligen Reiches:⁴⁷ ihr Städtereichtum, damit zusammenhängend die relative Schwäche des Adels, die Nähe zu Frankreich und der Schweiz, die langen Traditionen von Parlamentarismus, Demokratie und kritischer Öffentlichkeit in Regionen wie Baden oder dem Rheinland. Diese Perspektive wurde seit 1990 auch auf die ehemalige DDR projiziert, aber mit widersprüchlichen Ergebnissen. Die Erwartung eines Fortwirkens von Traditionen der Arbeiterbewegung in ihren früheren mitteldeutschen Hochburgen in Sachsen und Thüringen erfuhr bekanntlich schon in der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990

⁴⁵ Vgl. Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge/Malden 2004; für »Klassiker« der linken Demokratiekritik in der Bundesrepublik vgl. z. B. Johannes Agnoli/Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt a. M. 1968; Urs Jaeggi, *Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse*, Frankfurt a. M. 1973, bes. S. 132–146; Claus Offe, *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaft*, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hg.), *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt a. M. 1969, S. 155–189.

⁴⁶ Vgl. Thomas Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010; Biefang u. a. (wie Anm. 10); Günther (wie Anm. 27); Sophie Friedl, *Demokratie lernen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern nach dem Nationalsozialismus*, Berlin/Boston 2024.

⁴⁷ Vgl. M. Rainer Lepsius, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen. Eine methodische Überlegung*, in: Werner Conze/ders. (Hg.), *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, Stuttgart 1983, S. 11–19.

einen Dämpfer, und das gesellschaftsstrukturelle und mentalitätsprägende Erbe der DDR bleibt, wie schon angedeutet, wissenschaftlich wie politisch umstritten. Die Entbürgerlichung in der »arbeiterlichen Gesellschaft« (Wolfgang Engler)⁴⁸ und eine vermeintlich fortwirkende Obrigkeitshörigkeit sind Stichworte dafür.

Das führt zur Facette der mentalen Prägungen oder der »Demokratie in den Köpfen«, die wiederum für den Blick auf die alte Bundesrepublik von ihrer Gründung bis in die 1970er Jahre eine entscheidende Rolle spielte, zum Beispiel in dem Interpretament der »Liberalisierung als Lernprozess«. Damit waren jedoch nur selten primär ideelle Aneignungsprozesse gemeint; die Probe aufs Exempel lag vielmehr wiederum in alltäglichen Verhaltensweisen und Praxisformen, über welche die »Veränderung der Bundesrepublik hin zu einer entfalteten bürgerlichen Gesellschaft« untersucht werden sollte.⁴⁹ Wie nutzten jüngere Journalisten in den 1950er und 1960er Jahren den Raum, der sich ihnen in einer demokratischen Öffentlichkeit bot?⁵⁰ Wie veränderte sich der Blick auf Kriminalität und Verbrechen?⁵¹ Inspiriert von einer Kulturgeschichte der Politik, die für die Geschichte der Weimarer Republik entwickelt und getestet wurde,⁵² wurden diese Ansätze in den letzten Jahren ohne ihren ursprünglich normativen Hintergrund mit einem offenen Demokratisierungskonzept weitergeführt.⁵³ Zudem haben Bernhard Gotto, Frank Biess und Ute Frevert die zunächst mentalitätsgeschichtlichen Ansätze durch emotionshistorische Erkundungen der deutschen Demokratie ergänzt.⁵⁴

Wenn die politisch-institutionelle ebenso wie die gesellschaftlich-kulturelle Perspektive auf Praxisformen verweisen, dann muss, *drittens*, von der »Demokratie als Lebensform« die Rede sein. Damit ist jedoch mehr gemeint als die Anwendung praxeologischer Methoden in der Geschichte der Demokratie; die Formel verweist vielmehr auf eine spezifische Demokratietheorie ebenso wie

⁴⁸ Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999, S. 173–208.

⁴⁹ Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: ders. (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung, 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–52, hier 13.

⁵⁰ Vgl. Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit, 1945–1973*, Göttingen 2006.

⁵¹ Vgl. Imanuel Baumann, *Dem Verbrechen auf der Spur. Eine Geschichte der Kriminologie und Kriminalpolitik in Deutschland, 1880–1980*, Göttingen 2006.

⁵² Vgl. zusammenfassend Thomas Mergel, *Kulturgeschichte der Politik*, Version: 2.0, in: *DocupediaZeitgeschichte*, 22.10.2012, abrufbar unter: http://docupedia.de/zg/mergel_kulturgeschichte_politik_v2_de_2012 (zuletzt geprüft am 10.9.2025).

⁵³ Vgl. z. B. Nina Verheyen, *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland*, Göttingen 2010; Claudia C. Gatzka, *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979*, Düsseldorf 2019; Benedikt Wintgens, *Treibhaus Bonn. Die politische Kulturgeschichte eines Romans*, Düsseldorf 2019.

⁵⁴ Vgl. Ute Frevert, *Gefühle in der Geschichte*, Göttingen 2021; jetzt besonders dies., *Verfassungsgefühle. Die Deutschen und ihre Staatsgrundgesetze*, Göttingen 2024; Biess (wie Anm. 2); Gotto (wie Anm. 6).

auf einen erweiterten empirischen Geltungsbereich demokratischer Prinzipien und Verfahren. Beides ist, trotz Vorläufern, historisch vor allem im 20. Jahrhundert verortet – die im Umfeld von John Dewey in den USA entwickelte Idee von der »democracy as a way of life« ebenso wie die vielfältigen Anstrengungen in Westdeutschland nach 1945, Demokratie auch außerhalb der Staatsordnung bzw. eines Regierungssystems zur Geltung zu bringen.⁵⁵ Verschiedene Varianten dieser Grundidee lassen sich unterscheiden. Sie bezieht sich zuerst auf die Gestaltung alltäglicher sozialer Beziehungen und damit der sozialen Lebensführung, in einem ganz weiten Sinne: Es gilt demnach, anderen Menschen als »freie Gleiche«⁵⁶ zu begegnen, ihnen trotz Differenz (der Herkunft, der Klasse, des Geschlechts, der politischen Überzeugungen) mit Respekt zu begegnen, ihnen »Anerkennung« widerfahren zu lassen.⁵⁷ Das Private wird mithin als Ort alltäglichen Ringens um die Demokratie in der westdeutschen Gesellschaft nach 1945 sichtbar gemacht.⁵⁸

Die prinzipielle Begegnung unter Gleichen sollte insbesondere dort durchgesetzt werden, wo solche Beziehungen traditionell von Ungleichheit und Hierarchie geprägt waren, etwa im Geschlechterverhältnis und hier wiederum im Binnenraum der Familie, auch gegenüber minderjährigen Kindern.⁵⁹ Zugleich schienen den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen der frühen Bundesrepublik die erstrebte Stabilität der Demokratie eine ungleiche Geschlechterordnung geradezu vorauszusetzen – mit der Frau und Mutter als Hüterin demokratischer Erziehung und der Familie überhaupt als Keimzelle einer guten Ordnung jenseits staatlicher Zugriffsrechte. Als warnende Gegenbeispiele standen einerseits der Nationalsozialismus vor Augen, andererseits die Volksdemokratien Ostmitteleuropas. Anti-Nationalsozialismus und Anti-Kommunismus waren im westdeutschen Demokratieentwurf des Kalten Kriegs stets präsent. Die im Vergleich mit anderen westlichen Ländern sehr lange Konservierung der bipolaren Ge-

⁵⁵ Vgl. John Dewey, *Demokratie und Erziehung*. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Breslau 1930; zuletzt v. a. Till van Rahden, *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform*, Frankfurt a. M./New York 2019. Siehe auch Till van Rahdens Beitrag in diesem Band.

⁵⁶ Zum Verständnis von Demokratie als »freier Gleichheit« bzw. »gleicher Freiheit« vgl. Christoph Möllers, *Demokratie. Zumutung und Versprechen*, Berlin 2008, S. 15–26.

⁵⁷ Vgl. Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung*, Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, 10. Auflage mit einem neuen Nachwort, Frankfurt a. M. 2018 (EA 1992); ders., *Anerkennung. Eine europäische Ideengeschichte*, Berlin 2018.

⁵⁸ Vgl. Detlef Siegfried, *Demokratie und Alltag*. Neuere Literatur zur Politisierung des Privaten in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (2006), S. 737–750; Daniel Fulda u. a. (Hg.), *Demokratie im Schatten der Gewalt*. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010.

⁵⁹ Das zeigt etwa die bundesdeutsche Rezeption der Bücher des amerikanischen Psychologen Thomas Gordon. Vgl. besonders, in dutzenden Auflagen Thomas Gordon, *Familienkonferenz*, Hamburg 1972. Vgl. dazu Nolte (wie Anm. 41), S. 353.

schlechterordnung in der Bundesrepublik auch durch ihre sozialstaatliche Zementierung bis in die Gegenwart hat eine demokratiehistorische Schlagseite.⁶⁰

Noch stärker eine deutsche Prägung in den historischen Konstellationen nach 1945 besitzt die Vorstellung von einer Ausdehnung demokratischer Verfahren und Institutionen auf andere »Lebensbereiche« jenseits von Politik und Regierung, nicht nur in der Alltagspraxis, sondern in der formalen Gestaltung der *Governance*, von Funktionsbereichen außerhalb von Politik, Staat und Regierung. Dann heißt Demokratie als Lebensform, dass auch die Wirtschaft, die Kirche oder die Hochschule in ihren Binnenstrukturen demokratisch organisiert sein sollten, durch Freiheit, Gleichheit und Partizipation ihrer Mitglieder, die als staatsbürgeranalog verstanden werden; mehr aber noch: durch elektoral-repräsentative Verfahren, möglichst eine (Quasi-)Parlamentarisierung. Um 1970 wurde darüber unter dem Schlagwort der »Demokratisierung« in der Bundesrepublik zwischen Linken und Konservativen heftiger gestritten als anderswo; die pointierte Gegenposition von Wilhelm Hennis wird bis heute viel zitiert.⁶¹

Diese Debatte scheint seit Längerem stillgestellt; die vor Jahrzehnten erreichten Lösungen bestehen seitdem – allerdings nicht mehr überall – fort, etwa in der im internationalen Vergleich relativen Sonderstellung der deutschen Hochschuldemokratie in der »Gruppenuniversität«, auch wenn neoliberale »Exzellenz«-Logiken daran seit den 2000er Jahren in einigen Bundesländern massiv genagt haben. Dieses konkrete Beispiel unterstreicht einmal mehr, wie vehement sich die »NS-kompensatorischen« Momente in der Entwicklung der (west-)deutschen Demokratie einschließlich ihrer Wahrnehmungen und Diskurslagen geltend gemacht haben – und zeigt zugleich, wie sie in den letzten Jahren erodieren. Ähnlich intensive Debatten um die Implementierung demokratischer Prinzipien und Verfahren begleiteten die Bundesrepublik seit ihren Anfängen im Feld der Wirtschaftsordnung, besonders in Fragen der Gestaltung der industriellen Beziehungen. »Mitbestimmung« hieß hier das Schlagwort, um Arbeitnehmerinteressen sowohl in überbetrieblichen als auch in betrieblichen Kontexten zum Tragen zu bringen. Mit der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie, die – von den Alliierten durchgesetzt – der demokratischen Einhegung der Schwerindustrie diente, war ein Modell etabliert, das ausstrahlte und die politische Diskussion um Mitbestimmungsformen in der übrigen Wirtschaft enorm

⁶⁰ Vgl. Isabel Heinemann/Martina Steber, Geschlecht und Demokratie. Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), H. 4, S. 669–678.

⁶¹ Vgl. Wilhelm Hennis, Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, Köln 1970; Stephan Schlak, Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008; zur Debatte der 1970er Jahre vgl. Nikolai Wehrs, Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren, Göttingen 2014; Steber (wie Anm. 6).